

# Wahlplattform

zu den Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007

1. Einleitung .....	2
2. Wahlziele .....	3
3. Ökologisch konsequent .....	4
4. Wirtschaftlich nachhaltig .....	7
5. Sozial engagiert .....	10
6. Global solidarisch .....	12

Verabschiedet von der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern  
vom 24. März 2007, in Bern

## 1. Einleitung

Im Bundeshaus braucht es mehr ökologische Konsequenz. Der anfangs Jahr präsentierte Weltklimabericht der UNO zeigt es in aller Deutlichkeit auf: Ein dezidierter Kurswechsel ist unvermeidlich, um den Klimakollaps zu verhindern. Der UNO-Bericht lässt keinen Zweifel offen, dass der Klimawandel auf menschliche Einflüsse zurückzuführen ist. Mit viel Kompetenz setzen sich die Grünen für einen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen ein. Doch allzu oft sind in den letzten Jahren nötige Reformen am ideologischen Widerstand der Wirtschaftsverbände und der bürgerlichen Parteien gescheitert. So hat es das Parlament 2006 erneut verpasst, eine wirksame CO<sub>2</sub>-Abgabe ohne Wenn und Aber einzuführen. Damit der klimapolitische Kurswechsel endlich kommt, braucht es eine Stärkung der Grünen – und zwar des grünen Originals.

Mehr Wärme und weniger Kälte. Dies ist in sozialer Hinsicht angesagt. Mit der Ablehnung der 11. AHV-Revision und des ruinösen Steuerpakets haben die SVP und die FDP in der letzten Legislatur zwei schmerzhaft Niederlagen erlitten. Doch der Lerneffekt war gering. Nun will die FDP die Gutverdienenden mit der Abschaffung der direkten Bundessteuer entlasten – und die mittleren und kleineren Einkommen entsprechend belasten. Der durch die Steuersenkungen ausgelöste Leistungsabbau trafe in der Folge ein zweites Mal die schwächeren Menschen dieser Gesellschaft. Mit ihrem sozialen Engagement widersetzen sich die Grünen dem Auseinanderdriften der Gesellschaft.

Um künftiges Gedeihen sicherzustellen und sich anbahnende Fehlentwicklungen zu korrigieren, braucht es rechtzeitig die nötigen Investitionen. Dies verstehen die Grünen unter verantwortungsvoller Politik – und damit wollen sie die Schweiz voranbringen. Investitionen in eine gute Bildung, damit unsere Innovationsfähigkeit erhalten bleibt und alle eine faire Chance erhalten. Investitionen in Energieeffizienz und nachhaltige Energien, damit das Klima nicht kollabiert. Investitionen in ein tragfähiges und integratives soziales Netz, damit niemand abgehängt wird.

Mit ihrer fundierten, hartnäckigen und zugleich lösungsorientierten Arbeit haben sich die Grünen einen Namen gemacht. Egal, ob auf kommunaler, kantonaler oder eidgenössischer Ebene. Dank einem fulminanten Wahlerfolg in den kantonalen Wahlen von 2006 haben die Grünen im Kanton Bern mitgeholfen, die Weichen auf Nachhaltigkeit zu stellen. Jetzt ist es höchste Zeit, dies auch auf Bundesebene zu tun. Die *Grünen Kanton Bern* wollen dazu beitragen, dass ökologische Konsequenz, soziales Engagement, wirtschaftliche Nachhaltigkeit und globale Solidarität im Bundeshaus mehr Gewicht erhalten. Es braucht eine klare Stärkung der grünen Vertretung unter der renovierten grünen Bundeshauskuppel.

## 2. Wahlziele

Im Bundeshaus vertreten derzeit 13 grüne Nationalrätinnen und Nationalräte ökologische und soziale Interessen. Nun wollen wir dazu beitragen, dass die Fraktion spürbar ausgebaut werden kann. Die Wahlziele der *Grünen Kanton Bern* sind deshalb klar:

- Wir wollen mindestens ein und möglichst zwei zusätzliche Mandate im Nationalrat erringen. So wären künftig vier grüne Nationalrätinnen bzw. Nationalräte aus dem Kanton Bern im Nationalrat vertreten.
- Mit unserer bisherigen Nationalrätin Franziska Teuscher wollen wir den Einzug in den Ständerat schaffen und damit den Grünen 2007 zum ersten Ständeratssitz verhelfen.

Die Wahlziele der *Grünen Kanton Bern* sind ambitiös – aber durchaus realistisch. Denn immer mehr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger setzen auf die Kompetenz und die Hartnäckigkeit der Grünen. Deshalb gehörten die Grünen in den letzten Jahren in nahezu allen kommunalen und kantonalen Wahlen zu den Gewinnern. Auch im Kanton Bern.

### 3. Sozial engagiert

Alle Menschen haben das Recht, in Würde und Selbstbestimmung zu leben. Von diesem Ideal grüner Politik sind wir noch weit entfernt, sowohl in der Schweiz wie auch weltweit. Zu viele Menschen kommen in der Schweiz mit ihrem Einkommen nicht über die Runden – die Zahl der bis zu 300'000 Sozialhilfe beziehenden Menschen ist inakzeptabel hoch. Für viele Familien mit Kindern wird die finanzielle Situation aufgrund steigender Krankenkassenprämien, Mieten und anderer Belastungen immer schwieriger. Zugewanderte Menschen leiden zusätzlich unter dem neuen Ausländer- und Asylgesetz.

Die Schweiz ist ein reiches Land. Alle sollen eine menschwürdiges Leben führen können. Wer arbeitslos, krank, alt oder invalid ist bzw. aufgrund von Mutterschaft, Zivil- oder Militärdienst vorübergehend keiner Erwerbsarbeit nachgehen kann, ist auf gute Sozialversicherungen angewiesen. Doch das Sozialversicherungssystem ist in den letzten Jahren durch kurzsichtige Revisionen zunehmend aus dem Gleichgewicht gebracht worden. Durch die Verkürzung der Bezugsdauer bei der Arbeitslosenversicherung und den Sanierungsdruck in der IV werden immer mehr Leute in die Sozialhilfe gedrängt, was zusätzliches Leid, aber auch zusätzliche Kosten bei Kantonen und Gemeinden bewirkt. Gegen diese Drehtürenpolitik wehren sich die Grünen. Als wichtiges Sozialwerk wollen die Grünen die AHV stärken. Und indem die Wirtschaft vermehrt Stellen für Menschen mit Behinderungen und Einschränkungen anbietet, kann die IV nachhaltig und ohne Leistungsabbau entlastet werden.

Die Kostenexplosion bei den Krankenkassenprämien setzt immer mehr Menschen – insbesondere Familien – vor existenzielle Probleme. Während Andere die Kosten mit einem massiven Abbau der Leistungen in der Grundversicherung angehen will, plädieren die Grünen für einen nachhaltigen Ansatz und fordern eine Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention, eine Konzentration der Spitzenmedizin und einen besseren Risikoausgleich unter den Krankenkassen. Managed Care Modelle sind zu fördern.

Von grosser Dringlichkeit ist eine Stärkung der Familienpolitik, denn Familien erbringen Leistungen, die für die Gesellschaft von heute und von morgen von tragender Bedeutung sind. Diese Leistungen sind mit guten Rahmenbedingungen zu würdigen. Weil genügend Kinderbetreuungsmöglichkeiten fehlen und viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nicht bereit sind, qualifizierte Teilzeitstellen anzubieten, ist die Erwerbstätigkeit von Frauen in der Schweiz unterdurchschnittlich, was negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum hat. Zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit braucht es neben gleichen Löhnen für Frauen und Männer vor allem einen Ausbau der Angebote für die familienergänzende Kinderbetreuung. Betreuungsangebote sind auch für Kleinkinder aus MigrantInnenfamilien einzurichten, damit sie möglichst dieselben Startbedingungen wie andere Kinder erhalten. Zudem ist dafür zu sorgen, dass Kinder nicht zum Armutsrisiko werden.

Die Grünen treten für einen sparsamen Umgang mit öffentlichen Geldern ein. Dies darf aber einen qualitativ guten Service im Gesundheitswesen, bei der Bildung, bei der Post, beim öffentlichen Verkehr, bei Sicherheit und Rettung sowie bei der Strom- und Wasserversorgung nicht gefährden. Das gilt insbesondere auch für die peripheren Regionen.

**Sozial engagiert – deshalb fordern die *Grünen Kanton Bern*:****Sozial- und Familienpolitik**

- Eine Stärkung der AHV und Unterstützung der Initiative für ein flexibles Rentenalter;
- eine nachhaltige Sanierung der IV durch die Schaffung von Anreizen und die Verpflichtung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, erkrankte Mitarbeiter/innen weiterzubeschäftigen. Nötig sind Nischenarbeitsplätze und Mindestquoten für die Beschäftigung von Menschen mit reduzierter Leistungsfähigkeit;
- die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch angemessene Zulagen für alle Kinder; Anrecht auf Ergänzungsleistungen für Kinder in prekären Verhältnissen; flexible Arbeitsmodelle.

**Gesundheitspolitik**

- Eine Gesundheitspolitik, welche die Gesundheit ins Zentrum stellt (Stärkung der Prävention, Lenkungsabgaben auf gesundheitsschädigenden Gütern, Bewegungsförderung, gute Ernährung);
- Einsparungen im Gesundheitswesen durch eine Koordination der Spitzenmedizin und die Zulassung von Parallelimporten auch für patentgeschützte Medikamente;
- eine Stärkung der Hausarztmedizin durch die Förderung einer spezifischen Weiterbildung;
- keinen Abbau des Leistungskatalog in der Grundversicherung; Finanzierung der Komplementärmedizin aus der Grundversicherung;
- eine gerechtere Verteilung der Lasten in der Krankenversicherung durch eine Verdoppelung der heutigen Prämienverbilligungsgelder über die Bundeskasse und eine Verbesserung des Risikoausgleichs unter den Krankenkassen;
- eine solidarische Finanzierung der Alterspflege über die Mittel der Krankenversicherung, der Kantone und Gemeinden, der Ergänzungsleistungen oder einer Erbschaftssteuer.

**Gleichstellungspolitik**

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Lohntransparenz, damit Frauen ihren Lohnanspruch einklagen können. Arbeitsvergaben der öffentlichen Hand sollen nur an Firmen erfolgen, die ihre Lohnstruktur bezüglich der Benachteiligung von Frauen überprüft haben;
- die Aufhebung von sozialversicherungsrechtlichen und anderen Benachteiligungen von Paaren, die Teilzeit arbeiten (z.B. nur ein Koordinationsabzug auf den Salären von teilzeitarbeitenden Paaren);
- die Durchsetzung von Blockzeiten in der Schule sowie die Verbesserung des Angebots für familienexterne Kinderbetreuung (Mittagstische, Kindertagesstätten, Tagesschulen). Diese müssen einen pädagogischen Auftrag und genügend entsprechend ausgebildetes und entlohntes Personal haben, damit sie dem Verfassungsziel der Chancengleichheit gerecht werden können. Kinderbetreuung soll bezahlbar und steuerlich abzugsfähig sein;
- die Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs von mindestens 3 Wochen.

**Service public**

- Den Verzicht auf einen Verkauf der Swisscom. Auch Post, Postfinance und SBB müssen öffentliche Betriebe bleiben;
- die Polizei und das Rettungswesens (Feuerwehr, Sanität) müssen in der öffentlichen Hand bleiben;
- die Erhöhung der Kredite für Bildung und Forschung, damit die gesetzlichen Vorgaben im Bereich der Fachhochschulen erfüllt werden können;
- eine Stärkung der Berufsbildung durch den Bund;
- die Unterstützung eines vielfältigen Kulturangebots.

**Bildungspolitik**

- die Investitionen des Bundes in Bildungsangebote um mindestens 8% zu erhöhen;
- die aus dem Rückgang der SchülerInnenzahlen freiwerdenden Mittel zur Verbesserung der Qualität bestehender Angebote einzusetzen;
- den Ausbau und die Harmonisierung des Stipendienwesens auf der Sekundarstufe II und bei den Hochschulen;
- vermehrte Anstrengungen, dass alle VolksschulabgängerInnen einen Berufsabschluss oder eine Matur erreichen (mind. 95 Prozent bis 2015 gemäss Ziel EDK);
- die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Harmonisierung von Bildungsstandards und Lehrplänen, damit bei der Harmonisierung nicht mehr Selektion betrieben, sondern eine bessere Bildung für alle erreicht wird.

## 4. Ökologisch konsequent

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist weltweit *die* zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die wirtschaftlichen Interessen wurden und werden in unserer Gesellschaft weiterhin höher gewertet als eine intakte Umwelt. Diese Haltung bedroht die Zukunft unseres Planeten und das Lebensrecht zukünftiger Generationen. 15 Jahre nach der Konferenz von Rio ist unübersehbar, dass wir weit von einer Lösung der globalen Umweltprobleme entfernt sind. Der Verbrauch von Ressourcen liegt heute beinahe fünf Mal über jenem Mass, das der nachhaltigen Nutzung und der Tragfähigkeit der natürlichen Systeme entspricht. Nachhaltigkeit kann nur gewährleistet werden, wenn Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft ein umweltverträgliches Handeln in den Vordergrund stellen.

Damit künftigen Generationen nicht die Zukunft verbaut wird, müssen wir heute mit grösstmöglicher Entschiedenheit handeln. Die Grünen setzen sich an vorderster Front für eine konsequent ökologische Politik ein. Energie ist die Schlüsselgrösse der Nachhaltigkeit. Sie ist aber längst nicht der einzige Problembereich. Umweltpolitik muss endlich auch in anderen Sektoren Einzug halten, wie zum Beispiel der Raumplanung, der Forschung und der Wirtschaft. Denn ökologisches Wirtschaften hilft nicht nur der Umwelt, sondern es rechnet sich auch.

Zum Schutz des Klimas braucht es eine rasche und radikale Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses. Dieses Ziel wollen wir mit einer Verbesserung der Energieeffizienz und der Förderung erneuerbarer Energien erreichen. Keine Option ist für die Grünen der Ersatz fossiler Brennstoffe durch die gefährliche, unberechenbare Atomenergie. Angesichts des ungelösten Entsorgungsproblems sowie ökonomischer und sicherheitspolitischer Überlegungen ist der Atomausstieg ein Muss. Der neugewählte, rotgrüne Berner Regierungsrat hat mit seiner Energiestrategie aufgezeigt, in welche Richtung sich eine zukunftsweisende Energiepolitik zu bewegen hat. Nun ist es höchste Zeit, dass auch im Bundeshaus die Energiewende eingeleitet wird und die veraltete Atomenergie bzw. die klimapolitisch falsche Gastechologie durch nachhaltigere Energieträger ersetzt werden.

Damit erneuerbare Energien und Energieeffizienz den Durchbruch schaffen, braucht es gezielte Fördermassnahmen. Deshalb fordern die Grünen, dass eine ökologische Steuerreform endlich an die Hand genommen und eine kostendeckende Einspeisevergütung für erneuerbare und lokal produzierte Energien realisiert wird. Dies sind die effizientesten Mittel, um der Energiewende zum Durchbruch zu verhelfen.

In der Verkehrspolitik wollen die Grünen die Weichen für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs stellen. Immer zahlreichere Überschreitungen der Ozon- und Feinstaubgrenzwerte machen deutlich, dass die aktuelle Verkehrspolitik ein Gesundheitsrisiko ist. Insbesondere in den Städten muss der motorisierte Individualverkehr gezielt verteuert werden. Unabdingbar ist eine gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr sowie dessen Benützung zu erschwinglichen Preisen. Denn verschiedene Studien zeigen: Je attraktiver der öffentliche Verkehr, desto mehr Menschen steigen um. Die im Regionalverkehr immer wieder zur Diskussion stehenden Spar- und Abbauabsichten gefährden die heutige Erschliessungsqualität mit dem öffentlichen Verkehr – gerade im weiträumigen Kanton Bern. Auch hier wollen wir dazu beitragen, dass es zu einem Kurswechsel kommt.

**Ökologisch konsequent – deshalb fordern die *Grünen Kanton Bern*:****Klimapolitik**

- Eine Klimastrategie, mit der sich die Schweiz verpflichtet, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 30% zu senken; Einführung einer umfassenden Lenkungsabgabe auf fossilen Energieträgern;
- das rasche Vorantreiben einer ökologischen Steuerreform;
- die gezielte Förderung der Energieeffizienz (verbrauchsabhängige Autoimportsteuer, Energieetikette für Gebäude, steuerliche und mietrechtliche Anreize für energieeffiziente Gebäudesanierungen).

•

**Verkehrspolitik**

- Die konsequente Förderung des öffentlichen Verkehrs. Neubaugebiete sollen nur dort bewilligt werden, wo eine genügende Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr vorhanden oder kostengünstig zu erreichen ist. Versuchsweise Einführung von Road Pricing in Städten und Agglomerationen;
- eine systematische Umsetzung der Luft- und Lärmschutzverordnung (Filterpflicht für neue Dieselfahrzeuge, Tempolimiten und Fahrverbote bei anhaltenden Überschreitungen von Grenzwerten etc.);
- das Verbot von Offroadern;
- die Realisierung eines Abkommens zur Besteuerung von Treibstoff für internationale Flüge.

**Energiepolitik**

- Die Förderung erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz und der dezentralen Energieversorgung. Dazu braucht es ein griffiges Energiegesetz und die Erhöhung des Budgets von *Energie Schweiz* zulasten der Nuklearforschung;
- den Verzicht auf neue AKW und grosse Gasanlagen sowie den schrittweisen Ersatz der bestehenden AKW durch erneuerbare Energien, eine Steigerung der Energieeffizienz und Energiesparen;
- eine kostendeckende Einspeisevergütung für aus erneuerbaren Energieträgern gewonnenen und lokal produzierten Strom und eine Lenkungsabgabe auf allen nicht-erneuerbaren Energieträgern;
- die öffentlich-rechtliche Kontrolle des Strommarktes. Das Hochspannungsnetz gehört zu diesem Zweck in den Besitz der Kantone und Gemeinden;
- eine Optimierung und ein massvoller Ausbau bestehender Wasserkraftanlagen durch leistungsstarke Turbinen. Gegenüber der geplanten Erhöhung der Grimsensee-Staumauer um 23 Meter (KWoplus) sind wir kritisch;
- Energieeffiziente Gebäude, finanzielle Anreize für die Renovation schlecht isolierter Gebäude sowie Minergie-Standard bei Neubauten.

**Raumplanungspolitik**

- Mehr Bundeskompetenzen in der Raumplanung, um den Infrastrukturaufwand und das Verkehrsaufkommen zu minimieren; Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Agglomerationsprogramme;
- ein Raumentwicklungskonzept, das ein ausgewogenes Verhältnis von besiedelter und freier Fläche festlegt. Die Anforderungen an kantonale Richtpläne sind zu erhöhen;
- eine Erhöhung der Ausnutzungsziffern (insb. für Bauvorhaben mit erhöhten Energiestandards wie Minergie, Solardächer, Passivhäuser) in den Bauzonen, um verdichtetes Bauen zu fördern

- ein griffiger Ersatz zur Eindämmung des ressourcenverschwenderischen und touristisch sinnlosen Zweitwohnungsbaus bei der Abschaffung der Lex Koller;
- die Förderung einer naturnahen und nachhaltigen Landwirtschaft, welche durch geeignete Mittel der landwirtschaftlichen Bevölkerung ein Auskommen und der gesamten Bevölkerung eine vielfältige Kulturlandschaft auch als Erholungsraum erhält;
- einen sanften, naturnahen Tourismus.

**Schutz der Menschenwürde**

- die Verankerung des Schutzes der Menschenwürde als oberstes Konstitutionsprinzip der staatlichen Rechtsordnung;
- Ein griffiges Patentgesetz (Verbot der Patentierung von Leben, Massnahmen gegen Biopiraterie);
- die sorgfältige Umsetzung des Gentechnikgesetzes (Schaffung eines Schutzstatus für die Produktion und Vermehrung von gentechfreiem Saatgut); gesetzliche Regelungen für die Nanotechnologie.

## 5. Wirtschaftlich nachhaltig

Der Schweizer Unternehmungen vermelden Rekordgewinne, die öffentliche Hand schreibt schwarze Zahlen und baut Schulden ab. Diejenigen, welche Arbeit haben, leisten mehr Überstunden und haben mehr Stress – gleichzeitig suchen trotz guter Konjunktur viele Menschen Arbeit. Hier braucht es dringend eine Korrektur. Die vorhandene Arbeit muss besser verteilt werden, insbesondere für Junge braucht es zusätzliche Lehrstellen – auch für solche mit einem Migrationshintergrund. Nur dadurch lässt sich einer unheilvollen Gettoisierungstendenz wirksam entgegenzutreten.

In der Schweiz werden die Reichen immer reicher und die Armen zahlreicher. Während Börsengewinne und Managerlöhne explodiert sind, blieben die Löhne der meisten ArbeitenehmerInnen stehen. In der Schweiz kassieren 20% der Bevölkerung 50% des Gesamteinkommens. Bei den Vermögen ist die Verteilung noch ungerechter. Die Folge: In der reichen Schweiz sind immer mehr Menschen arm trotz Arbeit, bis zu 250'000 Personen in der Schweiz können von ihrem Arbeitseinkommen nicht mehr leben. Dies muss sich ändern. Die Grünen fordern, dass in Zukunft die Beschäftigten vermehrt an den Früchten ihrer Arbeit beteiligt werden, den Abzockern klare Grenzen gesetzt werden und ein Mindestlohn von 3500 Franken eingeführt wird.

Zur ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen hat auch die Steuerpolitik beigetragen. Diese stand in den letzten Jahren im Zeichen der Steuersenkungen. Die bürgerlichen Parteien haben bei Bund, Kantonen und Gemeinden unzählige Vorstösse eingereicht, um die progressiven direkten Steuern zu senken und die Staatseinnahmen vermehrt durch indirekte Steuern und Gebühren zu bestreiten. Obwohl viele dieser Vorstösse abgewehrt werden konnten (z.B. Steuerpaket des Bundes, Steuerinitiative im Kanton Bern), ergab sich daraus dennoch eine Umverteilung zu Ungunsten der unteren Einkommen. Radikale Fortsetzung dieser Entwicklung ist die Forderung der FDP nach einer Abschaffung der direkten Bundessteuer, welche bis heute für einen gewissen Ausgleich zwischen grossen und kleinen Einkommen bzw. Vermögen sorgt. Die Grünen setzen dieser unsolidarischen Forderung eine Beschränkung des Steuerföderalismus entgegen, beispielsweise durch die Abschaffung der unfairen Pauschalbesteuerung für vermögende Ausländer oder die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer.

Dringend vorangetrieben gehört der ökologische Umbau der Schweizer Wirtschaft, denn blindes Wirtschaftswachstum belastet alle Umweltbereiche. Kommt dazu, dass die Schweizer Wirtschaft ökologisch gesehen ausgesprochen ineffizient ist. In den letzten 15 Jahren wuchsen das Bruttoinlandprodukt und der Energieverbrauch nahezu im Gleichschritt, obwohl die Ressourceneffizienz jährlich um 2% erhöht werden könnte. Mit einer ökologischen Steuerreform und der Einführung entsprechender Lenkungsabgaben muss dies geändert werden. Dies ist nicht nur eine Chance für die Umwelt, sondern auch für die Wirtschaft: Denn die Verbreitung neuer Umwelt-Technologien generiert neue Arbeitsplätze. In Deutschland wurden in den letzten zehn Jahren allein im Ökostrombereich 120'000 Arbeitsplätze geschaffen.

Zu einer nachhaltigen Wirtschaft gehört auch eine gesunde Landwirtschaft. Die Grünen setzen sich für den Schutz vor gentechnisch veränderten Lebensmittel, für die Förderung der biologischen Landwirtschaft und für eine gesunde Ernährung ein. Der Bund und die Kantone sollen die finanzielle Unterstützung von Bauernbetrieben von biologischem Landbau, Leistungen für die Landschaftspflege und artgerechter Tierhaltung abhängig machen.

**Wirtschaftlich nachhaltig – deshalb fordern die Grünen Kanton Bern:****Steuerpolitik**

- Eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung, da nur diese die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann ermöglicht;
- einen Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung, der die Haus- und WohnungseigentümerInnen zu ökologischem Verhalten motiviert;
- keine Pauschalbesteuerung von niedergelassenen AusländerInnen;
- die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer und einer Kapitalgewinnsteuer. Keine Privilegierung der Besteuerung von Aktienbesitz oder Mitarbeiteroptionen; die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Alterskapitalien.

**Ökologischer Umbau der Wirtschaft**

- Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch durch mehr technische Innovation, die Realisierung einer ökologischen Steuerreform und die rasche Einführung einer wirksamen CO<sub>2</sub>-Abgabe;
- eine rasche Umsetzung des Verursacherprinzips (z.B. durch Road Pricing im Verkehr und durch Bodennutzungszertifikate in der Raumplanung);
- eine Vergabe von öffentlichen Geldern bzw. Aufträgen nur an Projekte und Firmen, die mit einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung in Übereinstimmung stehen;
- eine umweltgerechte Anlagepolitik für die Geldreserven, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherheit (Pensionskasse, AHV).

**Lohn und Arbeit**

- Eine Beteiligung der Beschäftigten am Produktivitätswachstum mit Realloohnerhöhungen, einen Mindestlohn von 3'500 Franken für alle und die konsequente Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Der Bund darf als Leitarbeitgeber seine Anstellungsbedingungen nicht verschlechtern;
- die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen (berufliche Grundbildung mit eidg. Fähigkeitszeugnis und mit Berufsattest für schulisch schwächere Jugendliche) durch die stärkere Beteiligung der Wirtschaft an der Berufsbildung. Übergangs- und Brückenangebote (wie Praktika und zusätzliche Schuljahre) sollen einen nachweisbaren Bildungsmehrwert enthalten;
- die Förderung von Weiterbildungen und Umschulungen für Frauen/Männer nach der Kinderphase;
- die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen von MigrantInnen und eine Förderung der Anstellung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und in der Privatwirtschaft;
- die Bekämpfung von Lohndumping und Schwarzarbeit, damit nicht die korrekten und verantwortlichen ArbeitgeberInnen benachteiligt werden.

**Regionale Wirtschaft und Landwirtschaft**

- Eine Stärkung von regionalen und lokalen Wirtschaftskreisläufen. Gesunde Lebensmittel verdienen gerechte, möglichst kostendeckende Preise und Schutz vor nicht deklarierten importierten Billigprodukten;
- eine Agrarpolitik, die auf Ökologie, Qualität und Tierwohl setzt. Die Landwirtschaft erbringt unentbehrliche Leistungen für die Gesellschaft. Diese müssen durch Direktzahlungen abgegolten werden. Dabei sind die Anforderungen an den ökologischen Leistungsnachweis zu erhöhen.

## 6. Global solidarisch

Die drei grössten Probleme, mit denen die Menschheit konfrontiert ist, sind das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd, die globale Klimaerwärmung, welche dramatische ökologische, soziale und politische Folgen haben wird sowie die vorangetriebene Militarisierung der Politik.

Nachdem es in der Schweiz in den letzten vier Jahren zu weiteren Verschärfungen der Ausländer- und Asylpolitik gekommen ist, braucht es nun die versprochene Umsetzung der gesetzlich vorgesehenen Integrationsmassnahmen. Höchste Zeit ist es, dass hier lebende Menschen politisch mitbestimmen können; deshalb unterstützen die Grünen die Einführung des kantonalen und kommunalen Stimm- und Wahlrecht für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer. Neben Arbeitssuchenden werden in Zukunft auch Flüchtlinge in die Schweiz gelangen. Oberstes Ziel der Schweizer Flüchtlingspolitik muss es sein, Schutzbedürftige zu erkennen und wirksam vor Verfolgung zu schützen. Die Verfahren müssen menschenrechtskonform sein und die internationalen und europäischen Konventionen erfüllen.

In der Schweiz eine konstruktive Migrationspolitik zu gestalten genügt aber nicht. Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit und einer aktiven internationalen Friedenspolitik muss die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt ihre Verantwortung wahrnehmen und ihren Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen der weltweiten Migration wahrnehmen. Wir Grünen sind uns bewusst, dass ein Teil unseres Reichtums auf der Ausbeutung der Ärmsten der Welt beruht. Deshalb braucht es einen Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit. Zudem setzen wir uns für eine verstärkte Bekämpfung der Korruption, der Steuerhinterziehung und des Steuereumpings ein. Die Schweiz soll sich für eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte und für Handelsregeln stark machen, die auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaften zugeschnitten sind und die Erhaltung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt stellen.

2005 wurden weltweit 1118 Milliarden Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben. Dem gegenüber wären laut Weltbank gerade mal 40-60 Milliarden Dollar nötig, um die Millenniums-Ziele der UNO zu erreichen und die Armut auf der Welt zu halbieren. Damit die Schweiz nicht länger am schmutzigen Geschäft mit dem Krieg mitverdient, haben die Grünen die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten mit lanciert. In der Schweiz fordern wir eine Einschränkung des Erwerbs, Besitzes und Tragens von Waffen und unterstützen die Volksinitiative zum Schutz vor Waffengewalt.

Die Grünen haben bereits 1998 entschieden, dass die Schweiz der EU beitreten soll. Die Schweiz liegt mitten in Europa, der Alleingang ist weder sinnvoll noch möglich. Trotz verschiedenen Vorbehalten gegenüber der aktuellen europäischen Politik ist weder Rosinenpickerei noch der autonome Nachvollzug von europäischen Gesetzen – dies ohne jegliche Einwirkungsmöglichkeit zu haben – eine glaubwürdige Perspektive. Um eine positive Rolle in der Welt zu spielen, muss sich im Hause Europa allerdings noch einiges ändern: Die EU muss demokratischer und dezentraler werden, sie muss die sozialen und ökologischen Anliegen stärker gewichten. Die Schweiz bringt einige Voraussetzungen mit, um bei den Reformen eine positive Rolle zu spielen. Allerdings dürfen demokratische, soziale oder ökologische Errungenschaften der Schweiz bei einem allfälligen Beitritt nicht preisgegeben werden.

**Global solidarisch – deshalb fordern die *Grünen Kanton Bern*:****Integrationspolitik**

- Einheitliche Verfahren für Einbürgerungen in der ganzen Schweiz. Das Einbürgerungsrecht muss nach mindestens 8 Jahren eingefordert werden können, die 2. Generation soll erleichtert und die 3. Generation automatisch eingebürgert werden. Einbürgerungen müssen transparent und unter Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien vorgenommen werden;
- das Stimm- und Wahlrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene für niedergelassene MigrantInnen, die seit fünf Jahren in der Schweiz leben;
- finanzielle Mittel für die Umsetzung des Integrationsauftrages gemäss Ausländergesetz. Statt individuelle Integrationsverträge sollen strukturelle Massnahmen die Teilnahme der MigrantInnen an der Gesellschaft erleichtern;
- ein Migrationsgesetz, das Menschen von innerhalb und ausserhalb der EU gleichstellt. Wer eine Arbeitsstelle vorweisen kann, soll eine Aufenthaltsbewilligung erhalten;
- die Regularisierung von Sans-Papiers aufgrund einheitlicher, verbindlicher Kriterien;
- die konsequente Einhaltung der Antirassismus Strafnorm.

**Entwicklungs- und Aussenwirtschaftspolitik**

- Die Erhöhung der Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0.7% des BIP und eine grosszügige Entschuldung armer Länder;
- eine Schweizer Aussenwirtschaft, welche die Einhaltung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien in allen Partnerländern voraussetzt;
- die Aufhebung des Bankgeheimnisses bei Steuerhinterziehung;
- ein sichtbares Engagement der Schweiz für neue Spielregeln für die Globalisierung, damit alle Länder das Recht erhalten, ihre sensiblen Sektoren zu schützen;
- die Regulierung internationaler Finanzmärkte, z.B. durch die Einführung einer Devisentransaktionssteuer (Tobinsteuer);
- Handelsbeziehungen und eine Zollpolitik, die mehr Chancengleichheit zwischen allen Ländern ermöglichen.

**Friedenspolitik**

- Den Verzicht der Schweiz auf Rüstungszusammenarbeit und militärische Kooperation mit allen Armeen, die internationales Recht verletzen;
- ein starkes Engagement der Schweiz zugunsten ziviler Lösungen von Gewaltkonflikten durch eine aktive Diplomatie, den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, die Schaffung eines freiwilligen Friedens- und Sozialdienstes und den Verzicht auf Rüstungsexporte. Die Grünen fordern die ‚Zivilisierung‘ der Rüstungsindustrie, also die Konversion von militärischer in zivile Produktion;
- ein Rüstungsmoratorium aufgrund der Orientierungskrise der Armee. Der Missbrauch der Armee für Aufgaben der inneren Sicherheit ist zu bekämpfen;
- eine Einschränkung des Erwerbs, des Besitzes und des Tragens von Waffen;
- ein sichtbares Engagement der Schweiz für die Stärkung der UNO und gegen jegliche Relativierung des UNO-Mandats oder des UNO-Kriegsverbots;
- die Verurteilung aller Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechtes ohne Rücksicht auf Sonderinteressen. Die Schweiz versteht ihre Rolle als Hüterin der Genfer Konventionen als Auftrag, sich international für die Stärke des Rechts einzusetzen.